Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 21.01.2025 **Drucksache** 19/**4604**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Klimaschutz in Bayern – Kampf um jedes Zehntel Grad

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Anstrengungen für den Schutz des Klimas an dem bestehenden Ziel der Klimaneutralität bis 2040 auszurichten und nicht umgekehrt die Klimaziele aufgrund einer ambitionslosen Klimapolitik nach hinten zu verschieben oder gänzlich fallen zu lassen.

Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert, über ihren Koordinierungsstab als „Steuerungs- und Kontrollinstanz für ein klimaneutrales Bayern 2040“ (Art. 13 Bayerisches Klimaschutzgesetz (BayKlimaG)), umgehend steuernde Maßnahmen nach Art.2 Abs. 1 Satz 2 BayKlimaG vorzulegen.

Folgende Inhalte sollen berücksichtigt werden:

– ein Sofortprogramm zum Erreichen des Zwischenziels bis 2030,

– eine Roadmap für einen klimaneutralen Gebäudebestand in Bayern im Einklang mit geltendem Bundes- und EU-Recht,

– ein Konzept für eine echte Mobilitätswende.

Begründung:

Hinter verschlossenen Türen hat die Staatsregierung in Missachtung der Gesetzeslage und des Bayerischen Landtags als alleinigen Gesetzgeber beschlossen, ihre Bemühungen beim Klimaschutz einzustellen. Diese „Schatten-Gesetzgebung“ ist in einem demokratischen Rechtsstaat mit klarer Gewaltenteilung nicht hinnehmbar. Nach Bekanntwerden dieser Geheimpläne hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder nun offiziell die Verschiebung der Klimaziele auf 2045 angekündigt, die er selbst erst vor zwei Jahren Bäume umarmend eingeführt hat.

Dieser Schritt bedroht direkt das Hab und Gut und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch das Leben vieler Menschen in Bayern.

Bei diesem Schritt handelt es sich außerdem um eine politische Bankrotterklärung. Das BayKlimaG sieht Maßnahmen vor, die bei einer drohenden Zielverfehlung eigentlich ergriffen werden müssen. Zuständig hierfür ist der im Klimagesetz definierte Koordinierungsstab. Aber noch bevor dieser seinen Auftrag erfüllen kann, soll das bayerische Klimaziel 2040 gänzlich gekippt werden. Aus Sicht der CSU-geführten Staatsregierung mag dies der einfachste Weg sein. Für die Menschen in Bayern wird dies allerdings der gefährlichste Weg in die Zukunft sein.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Vor allem in den Bereichen Gebäude und Verkehr sind endlich wirksame Maßnahmen auf Landesebene zu ergreifen. In diesen beiden Sektoren entstehen bayernweit mit Abstand die meisten CO_2-Emissionen. Dies scheint die Staatsregierung vor blinder Liebe zur gefährlichen und teuren Atomenergie vollkommen aus dem Blick verloren zu haben.

Mit einer sozial ausgewogenen Klimaschutzpolitik für grünen Strom, gut gedämmte Häuser mit CO_2-freien Heizungen und faire Mobilitätsangebote im ganzen Land verhindern wir nicht nur die Zunahme von Wetterextremen, Dürren und Überschwemmungen. Durch regionale Energieerzeugung schaffen wir auch einen Mehrwert für Bayerns Unternehmen und schonen den Geldbeutel aller Bürgerinnen und Bürger.